

Regierung beschließt Strategie für Startups

Mobilisierung von Wagniskapital aus Altersvorsorge vorgesehen. Fokus auf Rüstung

Von Luca von Ludwig

Das Problem mit dem freien Markt, das weiß selbst die Bundesregierung, ist, dass er sich ohne äußeres Zutun auch mal ganz frei irgendwo anders hin entwickelt, als man das gerne hätte. So auch bei Unternehmensneugründungen, modernerwise Startups genannt, weshalb Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) am Mittwoch die neue »Startup- und Scale-up-Strategie« von der Bundesregierung beschließen ließ. 152 Maßnahmen sollen die »passenden Rahmenbedingungen« für Firmengründungen schaffen. Dabei auch im Fokus: der militärisch-technologische Sektor.

»Die nackten Zahlen zeigen, wieviel Potential in unserem Ökosystem steckt«, verlautbarte das Ministerium im Vorfeld auf der Onlineplattform *LinkedIn*. Über 500.000 Menschen seien demnach in deutschen Startups beschäftigt, über 3.000 Neugründungen habe es in der ersten Jahreshälfte 2026 gegeben, ein Plus von 52 Prozent zum Vorhalbjahr. Probleme sieht man aber bei den »Wachstums- und Skalierungsphasen« der Unternehmen, ferner »beim Zugang zu Wachstumskapital, bei der Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte sowie beim Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Geschäftsmodelle«, wie es zu Beginn des Strategiepapiertextes heißt.

Dieser Problemkomplex ist folglich der erste der zwei Schwerpunkte der Strategie. Dazu gehört die Ausfinanzierung: Hier ist unter anderem die Verstetigung des Ende 2025 beschlossenen »Deutschlandfonds« geplant, über den der Staat mehr Privatvermögen in Wirtschaftsinvestitionen umsetzen will und dafür unter anderem finanzielle Investitionsabsicherungen anbietet. Auch der Ausbau anderer staatlicher und halbstaatlicher Investmentmechanismen ist vorgesehen. Zudem will die Regierung Gelder aus der Altersvorsorge in die Startups leiten. »Bei hinreichend diversifiziertem Portfolio kann Wagniskapital die Altersvorsorge attraktiver und rentabler machen«, heißt es dazu unter Punkt 1.9. Durch die Einbringung von Privatvermögen auf den Wagniskapitalmarkt könnten »bestehende Finanzierungslücken für Startups und Scale-ups« verringert werden. Explizit wird auf die jüngsten Rentenreformen und die dabei geschaffene Möglichkeit, Wagniskapital als Anlageform der privaten Altersvorsorge zu berücksichtigen, hingewiesen.

Zum Stichwort »Wagniskapital« soll des weiteren der »Abbau grenzüberschreitender Investitionshemmnisse« auf EU-Ebene vorangetrieben werden. Dabei geht es vor allem um »divergierende Aufsichtspraktiken«, also unterschiedliche regulatorische Regime in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Auch

Steuervergünstigungen sind angedacht oder wurden bereits durch das Standortfördergesetz vom Februar dieses Jahres in die Wege geleitet.

Der zweite Strategieschwerpunkt ist [der Rüstungssektor](#). 1,16 Milliarden Euro an Wagniskapital seien 2025 in solche [militärisch orientierten Startups](#) geflossen. Das sind über 50 Prozent der gesamten Rüstungs-Startup-Investitionen in Europa. Und noch entschieden zuwenig Geld, befindet die Bundesregierung. Denn die Branche ist kapitalintensiv – lange Entwicklungszyklen, teure Prototypen und dergleichen gehen schnell ins Geld.

Die Regierung will daher verstärkt selbst in den Sektor einsteigen. »Startups und Scale-ups der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie übernehmen eine zunehmend größere Rolle bei der Stärkung der nationalen Sicherheit, der Verteidigungsfähigkeit sowie der gesamtstaatlichen Resilienz«, heißt es, weshalb die Regierung einerseits deren »Kapitalzugang«, andererseits den Wissenstransfer zwischen privaten und staatlichen Stellen sicherstellen will. Bestehende Förderinstrumente sollen verstärkt auf den Rüstungssektor zugeschnitten und Austausch- und Koordinationsinstitutionen (beispielsweise das [»Innovationszentrum der Bundeswehr«](#)) sollen ausgedehnt werden. Zudem habe das Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr dazu beigetragen, den Prozess besser auf Startups auszurichten.

Der Evergreen »Bürokratierückbau« darf nicht fehlen: Hier sollen Zulassungs- und Gründungsverfahren beschleunigt werden. Begrüßt wird das »28. Regime« der EU, [das als Rechtsform Unternehmen transnationale Aktivitäten zulasten von Arbeiterrechten](#) erleichtert.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526581.standortpolitik-regierung-beschließt-strategie-für-startups.html>